

Geisterflughafen Kassel-Calden sinnvoll nutzen – Steuergeldverschwendung stoppen

Beschluss des Deutschlandtages vom 15. bis 17. November 2013 in Erfurt

Seit seiner Inbetriebnahme im April dieses Jahres steht der Geisterflughafen Flughafen Kassel-Calden massiv in der Kritik. Einst für 151 Millionen Euro geplant, stiegen die Kosten letztlich auf 271 Millionen Euro an. Vom November bis in den Frühling 2014 hinein wird es keine Linienflüge mehr geben. In der Zwischenzeit setzt der Flughafen auf Geschäfts- und Sonderflüge. Für 2013 wird ein Defizit zwischen sechs und sieben Millionen Euro erwartet. Ausgehend von einer vollständigen Subventionierung der operativen Kosten, fallen in den kommenden zehn Jahren mehr als 36 Millionen Euro Verluste an.

Aufgrund dieser absehbaren Folgen beschloss die Junge Union auf dem Deutschlandtag 2011 eine Verlagerung der Kompetenzen zum Bau von Regionalflughäfen von den Ländern zum Bund mittels einer Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan. Damit sollen in Zukunft unnötige Flughafenbauten wie Kassel-Calden, die bestehende Flughäfen gefährden, verhindert werden. Diese Beschlusslage ist von den Mitgliedern der Jungen Gruppe der Unionsfraktion im Bundestag aufzugreifen und ihre Umsetzung voranzutreiben.

Die Junge Union Deutschlands fordert die neue hessische Landesregierung auf, Verantwortungsbewusstsein zu zeigen und den Verkehrsflugbetrieb am Flughafen Kassel-Calden zu stoppen. Da der Flughafen an jedem Bedarf vorbei geplant wurde und deshalb nur einzelne Flüge starten, ist ein weiterer Betrieb als Regionalflughafen weder volkswirtschaftlich noch aus Sicht der Generationengerechtigkeit verantwortbar. Damit die 271 Millionen Euro Investitionskosten nicht umsonst versanden, schlägt die Junge Union vor, den Flughafen Kassel-Calden zu militärischen Übungszwecken zu nutzen. Piloten der Bundeswehr und einiger Airlines haben den Flughafen bereits hierzu genutzt. Die ausgebaute Infrastruktur ist ideal für Schulungen des Bodenpersonals. Leere Räume könnten für den Schulungsbetrieb umgebaut werden. Einem weiteren Flugbetrieb durch Geschäfts- und Sonderflüge stünde wegen geringerer Sicherheitsauflagen und somit geringerer Kosten nichts entgegen. Bei absehbarer Nichtauslastung ist die Nutzung als Kartbahn zu prüfen.

Die Junge Union Deutschlands begrüßt darüber hinaus die Auffassung der EU, dass staatliche Betriebshilfen stark wettbewerbsverfälschend sind und nur unter außergewöhnlichen Umständen genehmigt werden dürfen. Nicht hinnehmbar ist jedoch die vorgesehene Übergangsfrist von zehn Jahren für jene Flughäfen, die diese Kriterien nicht erfüllen. Dies gilt umso mehr, da die EU-Kommission seit Jahren bereits Prüfverfahren wegen Verletzung des EU-Beihilferechts durchführt.